

Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abgabepreis für den Monat frei Haus 3 RM. (halbmönatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 3 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Arbeiterstimme, Dresden-L. / Geschäftsstelle und Expedition: 2. / Fernsprecher-Sammelnummer 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 13 533, Emil Schlegel-Straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang Montag, den 22. November 1926 Nummer 260

Die Arbeiter müssen entscheiden!

Organisiert Massenfundgebungen!

Die Wahlen vom 31. Oktober haben den Koalitionsparteien und der Regierung eine Niederlage bereitet. Die Wähler haben der Koalitionsregierung ihr Misstrauen ausgesprochen. Alle Zeichen deuten aber darauf hin, daß die ehemaligen Koalitionsparteien versuchen, die Regierung nicht noch am Leben zu erhalten. Bekanntlich hatten vor einigen Tagen die bürgerlichen Parteien mit den Sozialdemokraten eine Erklärung abgegeben, daß sie eine Regierung mit den Sozialdemokraten nicht eingehen werden. Die USPD beschloß, eine Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten sei die beste Lösung in Sachsen. Wenn auch diese Koalition der Wunsch des Parteivorstandes und einer Anzahl Führer der SPD ist, so sind die Massen nicht gewillt, eine solche Koalition zu dulden. Andererseits erklären auch die bürgerlichen Parteien sich gegen eine Koalition. Die Volkspartei erklärt den Sozialdemokraten, die der Partei des Herrn Blüher jahrelang treue Dienste geleistet, Austritte. Die USPD ist nicht mehr unbedingt notwendig für die Bürgerlichen. Einfluß bei den Wählern ist für die USPD nicht vorhanden. Das gibt den Bürgerlichen die Möglichkeit, die Betrüger als Betrüger zu behandeln. Die Sozialdemokraten veröffentlichten eine Erklärung, in der es heißt:

„Für die Sozialdemokraten gibt es keine Hilfsstellung. Wir sind nicht bereit, die gegenwärtigen Sachlage nur durch unsere Mitbeteiligung an der Regierung oder durch scharfe Opposition. Über diesen Standpunkt herrscht in der deutschen nationalen Landtagsfraktion und in allen Parteifrankturen vollkommene Einmütigkeit.“

Das mögen sich noch einmal gewisse Quertreiber gegelt sein lassen, die sich immer noch nicht damit abfinden wollen, daß die jährliche Wählerliste am 31. Oktober gegen sie entworfen hat.“

Die USPD-Leute werden jetzt von den Bürgerlichen auch nur noch als Quertreiber behandelt. Weiter erklären die Sozialdemokraten:

„Wollte man es wirklich wagen, aus Rücksicht auf eine Partei, die ganze vier Abgeordnete durchbrachte, und nach 14 Tagen nach den Gemeindevahlen bereits wieder die Hälfte ihrer Stimmen einbüßte, den Sozialdemokraten die von ihnen entworfenen abgelehnten Hilfsstellung anzunehmen?“

Die USPD wird mit der ihr gebührenden Beachtung behandelt. Seitern fand nun in Dresden eine Sitzung des

Landesauschusses der Deutschen Volkspartei statt, der ebenfalls eine Entschließung annahm, in der die Stellung vieler Partei zur Koalitionsregierung festgelegt wurde. Die Entschließung der Volkspartei hat folgenden Wortlaut:

Der Landesauschuss lehnt eine Regierungsbildung mit den Linksozialdemokraten entschieden ab. Er hält für die dem Wohle des Landes am besten dienende Lösung der Regierungsfrage zurzeit eine Koalition von Sozialdemokraten bis einschließlich Sozialisten, die über eine klare Landtagsmehrheit verfügen würde. Er tritt nach wie vor hierfür ein und weist die in der Presse aufgestellte Behauptung, daß die Deutsche Volkspartei eine Koalition mit den Sozialdemokraten ablehne, als unzutreffend zurück. Der Landesauschuss bezeugt es, daß die Sozialdemokraten ihren bisherigen Standpunkt, eine Koalition mit den Sozialisten abzulehnen, aufgegeben haben. Er bedauert es, daß die Sozialisten, wozu nach den wiederholten in Gegenwart der Vertreter der Sozialdemokraten Volkspartei abgegebenen Erklärungen der offiziellen Vertreter nicht gewillt werden kann, nicht bereit sind, mit der Sozialdemokratischen Volkspartei zusammen eine Regierung zu bilden. Bei dieser Sachlage und bei der absehbaren Stellung der Sozialdemokraten zu einer Minderheitsregierung der Mitte lehnt die auf weiteres an einer Mehrheit für eine Neubildung der Regierung. Für alle weiteren Verhandlungen hat als oberster Grundsatz zu gelten, daß im allgemeinen Landesinteresse die Bildung einer Linksozialdemokratischen Regierung verhindert werden muß und daß dahinter die Interessen einzelner Parteien zurückzutreten haben.

Die Volkspartei strebt nach einer bürgerlichen Regierung. Da diese nicht sofort während zu bringen ist, erklärt sie, es sei jetzt keine Regierungsbildung möglich, das heißt, die Regierungsbildung soll im Amt bleiben. Das ist auch das Ziel und Streben der USPD.

Bei der Zusammenkunft des Landtages ist es sehr wohl möglich, daß die Parteien diesen Ausweg nehmen. Es ist deswegen dringende Notwendigkeit, daß die Wähler sprechen. Sofort müssen in allen Betrieben und allen Orten Versammlungen einberufen werden, die zu der Frage in Sachsen Stellung nehmen. Das Ziel muß sein, Auflösung dieses Landtages, Stärkung des Einflusses der KPD, um wirklich die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Stärkster Massendruck

Dresden, den 22. November 1926.
Am Donnerstag tritt der Städtische Landtag zusammen. Die Massen der werktätigen Bevölkerung wollten durch ihre Stimmabgabe bei den Wahlen eine andere Zusammenfassung und eine andere Regierung als die Koalition der Renegaten mit den Bürgerlichen. Bis jetzt ist die Frage der Regierungsbildung noch nicht geklärt. Die USPD will die Große Koalition, die SPD soll den Weg der 23 gehen. Das ist auch der Wille des Parteivorstandes. In der SPD erheben sich die Stimmen für die Koalition immer stärker. Die Arbeiter in der SPD wollen aber eine Koalitionsregierung nicht. Sie haben genug von der Heißkoalition. Wenn auch die „Linken“ dauernd versichert haben, die Koalition sei nur eine Personentrage, so trauen die Arbeiter diesen Versicherungen nicht, sie fangen an zu verstehen, daß, wer mit den Bürgerlichen geht, die kapitalistische Macht zu unterstützen und Wirtschaft zu verwässern, gegen die Arbeiter reden wird.

Die Funktionäre der SPD in Juidau haben in einer Versammlung zu den Fragen Stellung genommen und eine Resolution beschlossen, in der es heißt:

„Die Funktionäre des Juidauer Kreises lehnen die Bildung einer großen Koalition in Sachsen mit aller Entschiedenheit ab.“

Praktisch ist ja das Programm des Parteivorstandes die Bildung der Großen Koalition. Die SPD will im Reich in die Regierung. Seit Wochen finden ununterbrochene Verhandlungen mit den Bürgerlichen statt. Erst gestern fanden in Berlin wieder Verhandlungen statt. Um in die Koalition zu kommen, bewilligte man den Sozialdemokraten 300 Millionen, führte man den Sozialdemokraten die Mehrheit im Reichstag in Berlin. Dies dürfen die Arbeiter nicht übersehen, wenn sie die Dinge jetzt hier in Sachsen verstehen wollen. Der Parteivorstand, der in die Reichsregierung eintritt, kann in Sachsen keine geschlossene Opposition gebahren. Das Ziel ist auch in Sachsen, die Koalition. Die USPD, die das jetzt schon proklamiert, spricht damit den Willen des Parteivorstandes aus. Da gegen diesen Willen des Parteivorstandes steht, vertritt die SPD durch Mandat ihr Ziel zu erreichen. Sie möchte den Kommunisten die Schuld an der Bildung einer Koalitionsregierung zuschieben. Sie stellt Reichner zum Ministerpräsidenten auf, veröffentlicht ein Arbeitsprogramm und erklärt, jetzt haben die Parteien für dieses Programm zu stimmen oder sie haben die Schuld an dem Scheitern der sozialdemokratischen Regierung. Die USPD antwortet den Sozialdemokraten, wenn man eine Regierung bilden wolle, müsse man sich mit der Partei, deren Unterstützung man benötigt, an einen Tisch setzen, erst dann könne man über die Unterstützung reden. Das Programm bezeichnet der „Volkswacht“ als einen Wunschzettel, der aufgestellt sei, um Anklagen zu erheben. Es sei eine „sehr brave theoretische Schülerleistung“. Weiter erklärt das Organ der USPD:

Die Sozialdemokratie war des öfteren im Reiche in Koalitionsregierungen; man fragt sich, warum sie — etwa in Preußen — sich heute, solche Forderungen aufzustellen und durchzuführen. Entweder gibt es außerhalb der sächsischen Linksozialisten keinen zuverlässigen Sozialisten oder dasjenige, was die sächsischen Linksozialisten hier vorbringen, ist derart, daß sich jeder Sozialdemokrat außerhalb Sachsens fürchtet, es als sein Arbeitsprogramm auszugeben.“

Die KPD hat am Sonnabend in ihrer Proklamation des Landesvorstandes zu der Lage in Sachsen und zu diesem sozialdemokratischen Arbeitsprogramm eingehend Stellung genommen. Da am Sonntag aber die „Volkswacht“ nochmals Holz wie ein Spanier erklärte: „An dem Programm wird nichts geändert. Wenn die Kommunisten bereit sind, auf Grund eines Programms einen sozialistischen Ministerpräsidenten zu wählen, dann werden die kommende sozialistische Regierung und die Sozialdemokratische Partei ihre Pflicht tun.“ — ist es notwendig, nochmals unsere Stellung zu unterstreichen. Jetzt ist festzustellen, wir betrachten Reichner nicht als einen sozialistischen, sondern einen sozialdemokratischen Minister, und seine Regierung nicht als eine sozialistische, sondern eine sozialdemokratische Regierung. Das muß man den Arbeitern sagen, eine sozialistische Regierung würde für die Interessen der Arbeiter mit den Arbeitern gemeinsam kämpfen, eine sozialdemokratische wird nicht nur nicht mit den Arbeitern gemeinsam kämpfen, sondern gegen die Arbeiter die Interessen der Kapitalisten wahren. Das sagen wir den Arbeitern heute schon mit aller Klarheit. Trotzdem wir das wissen, haben wir schon vor den Wahlen erklärt, daß wir eine sozialdemokratische Regierung unterstützen werden. Der letzte Beschluß der Zentrale der KPD hat dies nochmals festgelegt. Wir wollen den sozialdemokratischen Arbeitern, die da glauben, diese „Enten“ seien doch andere Kerle wie die Rechten, die Gelegenheit zur persönlichen Überzeugung geben. Aber die SPD irrt, wenn sie annimmt, daß die KPD sich dabei an das Programm der SPD binden würde. Die Forderungen der KPD, die die mindesten Lebensbedürfnisse der arbeitenden

Ein Gewerbegericht als Helfer der Justizreaktion

Der Gesamtbetriebsrat Köln-Nippes entlassen.
Das Gewerbegericht von Köln hat am 18. November entschieden, daß der Gesamtbetriebsrat der Eisenbahnwerkstätten Köln-Nippes seiner Funktion als Betriebsrat entzogen ist. Am Freitagabend wurde lediglich festgestellt, daß der Betriebsrat gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen hat.

Dieser Beschluß des Gewerbegerichts erfolgte, obwohl die 200 Mann starke Belegschaft bis auf den letzten Mann geschlossen gegen das Vorgehen der Eisenbahndirektion gegen den Gesamtbetriebsrat den härtesten Protest erhoben und den Betriebsrat wie auch dem Betriebsratsvorsitzenden einstimmig ihr volles Vertrauen bekräftigt hatte.

Die entlassenen Mitglieder des Gesamtbetriebsrats haben Einspruch gegen den Beschluß des Gewerbegerichts erhoben. Die Vorgehen in Köln-Nippes zeigen, daß die Gewerbegerichte als kapitalistische Staatsorgane sich „Abkommen mit dem konventionellen Vorgehen der Eisenbahndirektion und auch der Privatkapitalisten solidarisieren.“

Die Hauheimer Gemeindefürsorge

Wegen des Femeinordnungsversuchs in Hauheim, dessen Opfer bekanntlich der Oberleutnant Wagner sein sollte, lag der frühere Gemeindefürsorge Herr Heintz, gegenwärtig Redakteur des „Stahlhelm“, in Haft. Sein Mitarbeiter, der Chauffeur Schwing, hatte ein Geständnis über seine Mitläuferhaft abgelegt. Der ehemalige Obermann Schmidt, genannt Häckel, der im Femeinordnungsversuch des Braunschweiger Landtages die aufsehenerregenden Entlassungen über die Hintermänner der Schwarzen Reichswehr und die Schuld der Gekler, Seckel und Geringer machte, hatte die Haftstrafe dieser ganzen Femeinordnungsversuche verurteilt.

Heintz ist jetzt einige Wochen in Untersuchungshaft. Blüher erklärt mon. — und zwar erst durch den „Stahlhelm“, dessen Redakteur Herr Heintz ist — daß sich Heintz wieder auf freien Fuß befindet. Der Chauffeur Schwing ist in eine „Lernanstalt“ eingewiesen worden, obwohl selbst führende bürgerliche Blätter, wie die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 860), nachgewiesen haben, daß Schwing alles andere als geisteskrank ist. Die deutsche Justiz ferner arbeitet zur Vertuschung der Femeinordnungsversuche. Das Opfer des Femeinordnungsversuchs von Heintz, der Oberleutnant Wagner, wurde dagegen auf Grund eines älteren Steckbriefes wegen angeblicher privater Waffenscheitern oder ähnlicher Delikte in Haft genommen. Gegen den Hauptbelastungszeugen Schmidt, gegen den die inoffiziellen und auch die juristischen Femeinordnungsversuche eine große Wut haben, soll nur durch die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen „Erpressung, Falschbild und Unterdrückung“ eingeleitet werden. Wie in den Landtagsberichten berichtet die Gemeindefürsorge — im Auftrag der Justiz — und privaten Geldgeber der Femeinordnungsversuche

Die Hilfstruppe der Sowjetfeinde

Neuanlage der antihilfstruppigen Liga.
Gestern haben sich in Göttingen die Kämpfer, die Gruppe der „antihilfstruppigen Liga“ und was sonst noch an verwandten der Reichsbürger in Deutschland herumwirrt, gemeinsam mit der „antihilfstruppigen Liga“ ein „Antihilfstruppigen Liga“ gegründet. Die Entschlossenheit der „antihilfstruppigen Liga“ fandern der Tagung der „antihilfstruppigen Liga“ durch den früheren russischen Volkstribunalen die Unterzeichnung Schöning im Innenhaus und die Hoffentzündung des Heintz erst aus dem „Stahlhelm“ erfahren hat.

Interessant an der Haltung der „antihilfstruppigen Liga“ ist die während der Kampagne auch in der „antihilfstruppigen Liga“ die Unterzeichnung Schöning im Innenhaus und die Hoffentzündung des Heintz erst aus dem „Stahlhelm“ erfahren hat.

Achtung!

Beschlüsse der Bezirksleitung
zu den Wahlen in Sachsen und untern nächsten Aufgabebereich sind heute auf Seite 3 veröffentlicht. Jedes Mitglied muß diese Beschlüsse lesen und seine Arbeit danach richten.

Ab! ...
Bücherei ...
Bauz ...
Musik ...
Wäsche ...
Saboy ...